



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung

51. Sitzung (öffentlich)

21. Oktober 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:30 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Heike Gebhard (SPD) – stellv. ab 17:45 Uhr

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Die Chancen der Digitalisierung im Wissenschaftsbereich nutzen –
landesweit koordinierte Lizenzierung von digitalen
Bibliotheksbeständen | 5 |
| | Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache16/8454 | |
| | – Sachverständigengespräch | |
| | – Statements der Sachverständigen. | 5 |
| | – Aussprache | 16 |

2	Antworten auf die Fragen bezüglich des Lehrauftrags von Herrn Armin Laschet und der sogenannten Noten-Affäre	38
	Vorlage 16/3093	
	Angefragt: Gespräch mit Herrn Abgeordneten Armin Laschet	
	– Hinweise des Vorsitzenden	38
	– Aussprache	38
3	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)	40
	Drucksache 16/9300	
	Vorlage 16/3104	
	Vorlage 16/3215	
	Vorlage 16/3293	
	Vorlage 16/3297	
	Vorlage 16/3298	
	Gesetzentwurf der Landesregierung	
	– Einzelberatungen	
	– Hinweise des Vorsitzenden	40
	– Aussprache	40
4	Hochschulvereinbarung	48
	Unterrichtung durch das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	
	– Unterrichtung durch Ministerin Svenja Schulze (MIWF)	48
5	Auswertung des DFG-Förderatlas 2015	49
	Unterrichtung durch das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	
	– Aussprache	49

6	Rechtsgutachten zu § 34 a des Hochschulgesetzes NRW	50
	Bericht der Landesregierung	
	– Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet ergänzend zur schriftlichen Stellungnahme	50
	– Aussprache	50
7	Verschiedenes	56
	– Hinweise der stellvertretenden Vorsitzenden	56

* * *

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Drucksache 16/9300

Vorlage 16/3104

Vorlage 16/3215

Vorlage 16/3293

Vorlage 16/3297

Vorlage 16/3298

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Einzelberatungen

Vorsitzender Arndt Klocke weist auf die vereinbarten Fristen hin. Die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten hätten ihre Nachfragen zum Haushalt fristgerecht gestellt. Das Ministerium habe mit Vorlagen 16/3293, 16/3297 sowie 16/3298 geantwortet. Die Abschlussberatung zu den den Haushalt betreffenden Positionen sei für den 18. November 2015 vorgesehen. – Welche Nachfragen gebe es vonseiten der Fraktionen noch?

Angela Freimuth (FDP) möchte für ihre Fraktion nicht in eine wie auch immer geartete Debatte eintreten. Man wolle ohnehin noch die schriftlichen Antworten der Landesregierung auf die Fragen der FDP-Fraktion auswerten. Auf jeden Fall danke sie für die ausführliche Beantwortung.

Dr. Stefan Berger (CDU) betont das Haushaltsrecht als das vornehmste Recht des Parlaments. Wann werde die Haushaltsdebatte – sofern nicht heute, obwohl laut Tagesordnung vorgesehen – geführt? Die schriftlich formulierten Fragen seiner Fraktion habe die Landesregierung ordnungsgemäß vor einiger Zeit bereits beantwortet. Der größte Landtag Deutschlands solle nicht ohne Weiteres auf eine Haushaltsdebatte verzichten. Damit nähme sich der Landtag von Nordrhein-Westfalen nicht ernst.

Vorsitzender Arndt Klocke erwidert, er habe nicht die Absicht, eine Debatte zu unterbinden. Allerdings habe es im Obleutegespräch die Festlegung auf ein bestimmtes Verfahren gegeben. Der Haushalt sei eingebracht worden. Heute stehe die Debatte des Haushalts an. In der nächsten Sitzung gehe es um die Abstimmung. Die Fraktionen könnten sich selbstverständlich vor der Abstimmung noch zu Wort melden.

Oliver Bayer (PIRATEN) dankt der Landesregierung für die Beantwortung der Fragen seiner Fraktion.

Im Zusammenhang mit der Frage 10 der CDU-Fraktion zum Thema „BAföG-Finanzierung durch den Bund“ schwinde implizit die Frage mit, wie es um die 35 % Landesmittel bestellt sei, die zur BAföG-Finanzierung eingesetzt worden seien. Wohin seien diese Mittel geflossen? Befänden sie sich mittlerweile nicht mehr im Etat des diesen Ausschuss betreffenden Einzelplan 06?

Dr. Stefan Berger (CDU) zeigt sich enttäuscht, habe er doch wirklich erwartet, dass – wie in den Vorjahren – heute über den ausschussrelevanten Einzelplan 06 diskutiert werde. – In absoluten Zahlen sei der geplante Haushalt des Wissenschaftsministeriums der höchste Haushalt in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Relativiere man allerdings den Ansatz unter Bezugnahme auf die Pro-Kopf-Anzahl Studierender, müsse festgestellt werden, dass im Jahr 2007 5.770 € je Studierendem verausgabt worden seien. Der korrespondierende Betrag liege für 2012 – aus diesem Jahr stammten die letzten verfügbaren Daten – bei 5.230 €. Nordrhein-Westfalen belege im Ländervergleich aktuell den letzten Platz. Er konstatiere einen offensichtlichen Rückgang in der finanziellen Pro-Kopf-Ausstattung, die nicht nur mit der steigenden Zahl Studierender zusammenhänge, sondern eindeutig belege, dass der Aufwuchs unzureichend sei.

Darüber hinaus sei dieser Aufwuchs nicht durch Landesmittel verursacht, sondern erfolge deshalb, weil der Bund im Rahmen des Hochschulpakts II Mittel zuweise und Maßnahmen berücksichtige würden, die noch unter Vorgängerregierungen auf den Weg gebracht worden seien. Dabei denke er zum Beispiel an das Hochschulmodernisierungsprogramm. Diese Maßnahme habe Rot-Grün nicht aus eigener politischer Kraft heraus beschlossen. Ministerin Schulze habe im Haushaltsplanentwurf 2016 finanziell keinen eigenen politischen Schwerpunkt gesetzt. Die Abschaffung der Studienbeiträge sei die einzige Maßnahme gewesen, die allerdings unzureichend kompensiert worden sei.

Der Bund habe das Land nicht nur mit Programmen unterstützt, sondern auch das BAföG übernommen. Die BAföG-Mittel seien im Haushalt allerdings nicht mehr auffindbar, sondern zum Teil schlichtweg versickert, wobei die Landesregierung sogar von sich aus verkündet habe, diese Gelder nicht vollständig in den Wissenschaftsbereich hineinzugeben. Die Ministerin habe es sowohl inhaltlich als auch strukturell versäumt, den Haushalt maßgeblich zu stärken.

Nicht zu erkennen sei überdies, dass sich die Ministerin der Innovationsförderung widme. Zu diesem Aspekt werde jedwede Initiative vermisst. „Fortschritt NRW“ sei der einzige Baustein, der als wissenschaftspolitische Initiative auszumachen sei. „Fortschritt NRW“ halte die CDU-Fraktion allerdings aus wissenschaftspolitischen Gründen heraus für zumindest fragwürdig. Der Anforderungskatalog des Programms sei einseitig orientiert, tendenziös und spiegle in keiner Weise das wider, was den politischen und gesellschaftlichen Anforderungen in Gänze gerecht würde.

(17:45 Uhr: Vorsitz Heike Gebhard [SPD])

Zu beklagen sei die Abwanderung wissenschaftlichen Potentials – zum Beispiel aus dem Care-Institut.

Stellvertretende Vorsitzende Heike Gebhard geht selbstverständlich davon aus, dass die Fraktionen Änderungsanträge, die sie in der nächsten Sitzung stellten, inhaltlich untermauern könnten. Sie habe bisher noch keine abschließende Beratung erlebt, in der nicht so verfahren worden wäre. Die Abgeordneten würden in ihren Rechten also nicht beschränkt. Der Abgeordnete Dr. Berger könne sich bei der nächsten Sitzung noch einbringen.

Angela Freimuth (FDP) dankt für den Hinweis der stellvertretenden Vorsitzenden, dass in der zweiten Lesung auf der Grundlage möglicher Änderungsanträge argumentiert und justiert werden könne. Schon in der heutigen Sitzung wolle sie einige Kritik vonseiten ihrer Fraktion vortragen und anregen, dass weitere Fraktionen möglicherweise bereit seien, auf diese Anregungen einzugehen.

Der Mittelaufwuchs rufe deshalb nur getrübe Freude hervor, weil die Grundfinanzierung der Hochschulen weit hinter der Entwicklung der Studierendenzahlen zurückbleibe. Darauf habe schon der Abgeordnete Dr. Berger zu Recht hingewiesen. Ein Blick auf die Entwicklung der Studierendenzahlen und die Qualitätsverbesserungsmittel offenbare, dass den Hochschulen aufgrund der Dynamik bei den Studierendenzahlen über Studienbeiträge Mittel in wesentlich höherem Umfang zur Verfügung gestanden hätten, nämlich hochgerechnet rund 50 Millionen €. Diese Mittel fehlten den Hochschulen momentan.

Die Landesregierung saniere ihren Haushalt unter Zuhilfenahme der BAföG-Mittel des Bundes und der Hochschulpaktmittel.

Ausweislich der zur Verfügung gestellten Informationen seien die Mittel für „Mittelstand innovativ“ faktisch gestrichen worden. Die Landesregierung habe 2015 lediglich 60.000 € für Innovationsgutscheine bewilligt. Auf dieses Thema könne zu gegebener Zeit intensiver eingegangen werden. Der Mittelaufwuchs, der bei den Hochschulen und in der Wissenschaftslandschaft von Nordrhein-Westfalen tatsächlich ankomme, werde dem Anspruch, den die Ministerin immer wieder unterstreiche, bei weitem nicht gerecht. Das, was positiv klinge, halte bei näherem Hinsehen nicht mit den Realitäten an den Hochschulen und in der Wissenschaftslandschaft von Nordrhein-Westfalen Schritt. Den Bedürfnissen der Hochschulen und ihrer Studierenden werde bei weitem nicht Rechnung getragen.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) bekundet, er könne sich im aktuellen Zusammenhang der Argumentation der Abgeordneten Freimuth und des Abgeordneten Dr. Berger in zahlreichen Punkten anschließen. Davon ausgenommen sei lediglich der „Wachkomakandidat Studiengebühren“. – Zu kritisieren habe er für seine Fraktion, dass der Haushalt und sein Zustandekommen höchst intransparent ausfielen. Selbst einfache Fragen zu den Hochschulhaushalten könne die Landesregierung nicht beantworten. Das betreffe zum Beispiel die Energiekosten und deren Entwicklung. In diesem Bereich klagten die Hochschulen schon seit Jahren über eine fehlende Kostendeckung. Demgegenüber sei nunmehr von der Landesregierung zu hören, dass bei ständig steigen-

den Studierendenzahlen sowie der gleichzeitigen Expansion der Hochschulen – Stichwort: doppelter Abiturjahrgang! – die Energiekosten zurückgingen oder zumindest gleich geblieben seien. Das bezweifle er allerdings zutiefst.

Die Kompensationsmittel für die nicht mehr erhobenen Studiengebühren würden pro Kopf weniger. Darauf hätten der Abgeordnete Dr. Berger und die Abgeordnete Freimuth explizit hingewiesen. Für die Piraten wären eine nachhaltige Finanzierung und Stärkung von Lehre anders zu unterfüttern.

Gleiches gelte für die Beschäftigungsverhältnisse der Lehrenden, die weiterhin aus Programmmitteln wie etwa Hochschulpaktmitteln finanziert würden. Die Befristungsstatistik an nordrhein-westfälischen Hochschulen spreche eine erschreckende Sprache. Zuzüglich des sogenannten Kodexes Gute Arbeit müsse er festhalten, dass die Landesregierung mutlos agiere. Es wäre wesentlich effizienter, wenn das Hochschulpersonal in den Landesdienst zurücküberführt würde. Das sei eine grundlegende Forderung seiner Fraktion.

Aktuell werde die Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes diskutiert. Die Piraten forderten nach wie vor unbegrenzte Arbeitsmöglichkeiten für Akademiker. Aufgaben, die auf Dauer angesetzt seien, seien auch mit auf Dauer angelegten Stellen zu versehen. Befristete Beschäftigungsverhältnisse seien nach Auffassung seiner Fraktion ausschließlich für eine Weiterqualifikation zulässig. Dabei dürfe es allerdings keine zeitliche Obergrenze geben. Bekanntlich regle das Wissenschaftszeitvertragsgesetz die Befristung von wissenschaftlichem und künstlerischem Personal in der Qualifizierungsphase sowie in über Drittmittel finanzierten Projekten. Die gültige Form des Gesetzes habe zu einer Prekarisierung der wissenschaftlich und künstlerisch arbeitenden Menschen an den Hochschulen und an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen geführt. Durch die dort eröffnete Möglichkeit, befristete Arbeitsverträge für maximal zwölf Jahre zu vergeben, würden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit kurzen Vertragslaufzeiten zusätzlich unter Druck gesetzt. Viele dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befänden sich nach Ablauf der Zwölf-Jahres-Frist in einer beruflichen Sackgasse, da zwar eine befristete Beschäftigung nicht möglich sei, aber Dauerstellen auch nicht existierten, obwohl verschiedenste Seiten – wie zum Beispiel die Gewerkschaften – dies immer wieder einforderten.

Für den Haushalt ergäben sich zahlreiche Konsequenzen. Jährlich erhielten die Hochschulen Mittel, mit denen sie die vermeintliche Freiheit auf dem Rücken der Beschäftigten auslebten. Einem Haushalt wie dem vorgelegten, der sich mit Innovation befassen solle, fehle selber die nötige Innovation. Die Landesregierung setze kaum oder aber nur wenig eigene Akzente in der Forschungspolitik um. Zwar sei die Steigerung der DFG-Mittel lobenswert; allerdings bedeute das keineswegs, dass man sich zurücklehnen dürfe. In Nordrhein-Westfalen erforschte Patente müssten eigentlich in Nordrhein-Westfalen bleiben und umgesetzt werden. Dazu bedürfe es einer entsprechenden Infrastruktur.

Die Landesregierung solle belegen, wie sie mit den unterfinanzierten Hochschulen umzugehen gedenke. Er befürchte dieselben Argumente wie bisher. Die Piraten würden den Einzelplan 09 ablehnen, weil er keinerlei Visionen eines Wissenschaftsstandortes

NRW enthalte. Die chronische Unterfinanzierung werde weiterhin kaschiert. Programmmittel seien kein Allheilmittel. Solange der Einzelplan lediglich eine Ansammlung intransparenter Momente sei, werde er für die Piratenfraktion niemals zustimmungsfähig sein.

Dietmar Bell (SPD) gratuliert dem Ministerium, einen Haushalt in der vorgestellten Höhe ausgehandelt zu haben. Die Steigerungsraten der letzten Jahre seien sogar von externer Seite ausdrücklich begrüßt worden. Der Wissenschaftsrat habe beim Empfang der Ministerpräsidentin in Bielefeld bestätigt, dass das Land mit seinen besonderen finanziellen Anstrengungen Wegweisendes für die Wissenschaft, Forschung und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen geleistet habe. Gegenüber anderen wichtigen Bereichen wie zum Beispiel der Verkehrsinfrastruktur habe sich das Ressort durchsetzen können. Die Steigerungsraten in Nordrhein-Westfalen seien im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern überproportional. Relativierende Sichtweisen, wie sie der Abgeordnete Dr. Berger vorgetragen habe, würden nicht weiterhelfen.

Nicht nachvollziehen könne er, Bell, welchen Anteil das Wissenschaftsministerium an der Schließung in Paderborn habe. – Immerhin hätten sich ja ausweislich des Wissenschaftsrates zehn nordrhein-westfälische Exzellenzcluster und fünf Graduiertenschulen durchsetzen können, von denen je ein Exemplar in Bielefeld angesiedelt sei. Gerade OWL mit seiner Forschungsstärke und seiner Praxisrelevanz in den Themenfeldern, die auch der Opposition wichtig sein sollten, spiele eine herausragende Rolle bei der Entwicklung des Wissenschaftsbereichs in Nordrhein-Westfalen. Deswegen wäre es aus seiner Sicht hilfreich, wenn nicht – wie dies der Abgeordnete Berger allerdings getan habe – Zerrbilder aufgelegt würden, um eine bestimmte Argumentation entsprechend zu hinterlegen.

Zur Frage der Grundfinanzierung und der Steigerung der Studierendenzahlen! Sicherlich sei die Grundfinanzierung an den Hochschulen im Verhältnis zu den programm- und projektbezogenen Finanzmitteln zu gering. An der Stelle gebe es keine unterschiedliche Auffassung zwischen Regierungskoalition und Opposition. Zu hinterfragen sei allerdings, wie nach Ablauf der Förderphasen durch den Bund mit Blick auf die Studierendenzahlen die relevanten Mittel auf Landes- und Bundesebene abgesichert werden könnten, um zu einer Verstärkung des Mittelabflusses zu kommen. Auf dem Weg solle eine Erhöhung der Grundfinanzierung perspektivisch erreicht werden. Er wäre froh, wenn die Fraktionen im Ausschuss eine in die gleiche Stoßrichtung zielende Qualität entwickeln könnten, um eine Sicherung der Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen über den Zeitrahmen des Hochschulpaktes III hinaus zu erreichen. – Das Thema „Mittelstandsförderung“ werde möglicherweise schon auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen, wenn es zur abschließenden Beratung des Haushalts komme.

Im Zusammenhang mit den Energiekosten empfehle er einen Blick auf die entsprechende Preisrelevanz, die sich in den letzten Jahren niedergeschlagen habe. In den Vorjahren möge es durchaus Steigerungsraten gegeben haben; im letzten Jahr speziell habe es aber im Energiebereich keine Steigerung gegeben. Insoweit habe sich das Ministerium korrekt eingelassen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) geht auf das Zahlenwerk im Zusammenhang mit dem Wissenschaftshaushalt ein: Eine Steigerung um 431 Millionen € auf 8,2 Milliarden € habe stattgefunden, während der Landeshaushalt insgesamt um 2,4 Milliarden € (plus 3,7 %) ansteige. Die überdurchschnittliche Steigerung des Wissenschaftshaushaltes zeige, wie wichtig der Koalition die Forschungs- und Wissenschaftslandschaft in Nordrhein-Westfalen sei. Drei Viertel des Etats würden für Studium und Lehre verausgabt sowie die universitäre Forschung. 1,3 Milliarden € würden für die Ausweitung und Verbesserung des Studienangebots vorgesehen. Da die Zuschüsse an die Hochschulen seit 2010 um fast 50 % gestiegen seien, während die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger lediglich um rund 25 % angewachsen sei, werde eine deutliche Unterstützung offensichtlich.

Auch wenn die Grundfinanzierung gegenüber den Drittmitteln und Programmmitteln immer zu gering sein möge, könne eine Erhöhung der Grundfinanzierung ausgemacht werden. Allein die Globalbudgets stiegen um 8,9 %.

Ministerin Svenja Schulze (MIWF) meldet sich zu Wort:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich bin erst einmal froh, dass es uns gelungen ist, dass die Landesregierung wiederum dem Wissenschaftsbereich/dem Hochschulbereich so viel Priorität einräumt. 8,2 Milliarden € ist eine Steigerung um 5,5 %. Das einfach wegzudiskutieren, wird Ihnen nicht gelingen, Herr Berger. Auch wenn Sie versuchen, mit Zahlen von 2012 eine Haushaltsdebatte von 2016 zu führen, müssen Sie doch einfach zur Kenntnis nehmen: Zwischen 2010 und 2016 sind die Studierendenzahlen um 26 % gestiegen, der Haushalt hier aber um 48,5 %. Das ist eine deutliche Steigerung, die für den Wissenschaftsbereich nach vorne gebracht worden ist. Dass der Hochschulpakt dafür mitverantwortlich ist, bestreiten wir doch gar nicht. Der Hochschulpakt ist ein sehr wichtiges Instrument. Für mich – und auch für die Hochschulen, glaube ich – ist es kein schlechtes Geld, das wir lieber nicht hätten, weil es nicht in der Grundfinanzierung ist, sondern das ist gutes Geld, das uns hilft, die zusätzlichen Studierenden wirklich auf hohem Niveau durch ihr Studium zu bringen.

Der Hochschulpakt wird hier in Nordrhein-Westfalen vorbildlich kofinanziert. Ich kann nur empfehlen, die Kollegin Wanka zu befragen. Nordrhein-Westfalen wird immer wieder dafür gelobt, dass wir sehr transparent eins zu eins die Bundesmittel kofinanzieren. Das hat hier einen deutlichen Schwerpunkt. Ich bin aber auch froh – das sage ich ganz offen –, dass wir das nicht als Land alleine finanzieren müssen, sondern dass sich Bund und Länder gemeinsam dazu durchgerungen haben, für die Studierenden diese riesige Kraftanstrengung zu machen. Alleine Mittel vom Bund würden nicht reichen. Bund und Land können gemeinsam Vorbildliches voranbringen.

Herr Bayer, Sie haben gefragt, was mit den BAföG-Mitteln ist. Diese Frage hat ja inzwischen ein bisschen Running-gag-Strukturen erreicht. Ich weiß nicht, wie viel Kleine Anfragen wir dazu schon beantwortet haben. Ich bin dem Bund wirklich dankbar dafür, dass er die BAföG-Mittel übernimmt. Aber wenn Sie sich angucken, dass wir zwischen dem letzten Haushalt und dem laufenden zwischen 2014 und

2015 7,8 % Steigerung bei den Globalhaushalten der Hochschulen hatten, dann sind diese rund 240 Millionen € vom Bund echt schön; aber wir brauchen deutlich mehr Geld für die Steigerung des Haushalts. Und das ist uns gelungen. Dieses BAföG-Geld fällt Ihnen deshalb nicht auf, weil es in unserem Haushalt bei diesen Steigerungen kaum wahrnehmbar ist, dass diese Mittel zusätzlich enthalten sind.

Ich will sie trotzdem nicht runterreden. Es ist ein wichtiger Beitrag. Es ist schön, dass der Bund das jetzt übernimmt. Aber die Steigerungen sind deutlich höher, die wir in unseren Haushalten haben. Hätten wir nur die Steigerung durch die BAföG-Mittel, dann würden Sie mich jetzt zu Recht kritisieren und fragen, was wir eigentlich für die Hochschulen machen. Wir haben 48,5 % draufgesattelt. Das ist das, was wir wirklich brauchen. Der Etat ist auf 8,2 Milliarden € angewachsen. Das ist alles Geld, das Sie nicht wegdiskutieren können. Und die über 200 Millionen sind wichtig. Aber die 8,2 Milliarden sind das, was wir für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen brauchen.

Sie müssen es mir ja nicht glauben – das ist ja auch das Spiel zwischen Opposition und Landesregierung –, aber diejenigen, die beim Empfang der Ministerpräsidentin beim Wissenschaftsrat waren, haben mich ja darum gebeten, dass ich Herrn Prenzel bitte, die Rede auch dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Herr Prenzel hat uns ermöglicht, seine Rede hier nachvollziehen zu können. Der Wissenschaftsrat ist wirklich unverdächtig, eine Vorfeldorganisation der SPD zu sein, sondern er ist ein unabhängiges Gremium, das sehr objektiv berät und Empfehlungen gibt. Wenn selbst der Wissenschaftsrat uns dafür lobt, dass wir diese Steigerung in unserem Haushalt haben, wenn der Wissenschaftsrat uns für das lobt, was wir im Bereich Gute Arbeit nach vorne gebracht haben, dann können Sie vielleicht in etwa erahnen, dass das doch eine reale Grundlage hat und nicht nur erfunden ist.

Also: Ich finde, der Haushalt spricht eine klare Sprache. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Herr Berger, ich würde mich freuen, wenn Sie nicht mit Zahlen von 2012, sondern mit Zahlen vom Haushalt 2016 argumentieren, weil das der ist, der jetzt vorliegt und den wir diskutieren.

Angela Freimuth (FDP) bittet um Aufklärung, ob – wie sie es beim Nachlesen verstanden habe – also die im Landeshaushalt frei werdenden Mittel aus der Kostenübernahme des Bundes beim BAföG eins zu eins und explizit für die Kofinanzierung des Hochschulpakts verwandt worden seien.

Ministerin Svenja Schulze (MIWF) geht auf die Wortmeldung ein:

Die Frage habe ich schon mehrfach beantwortet. Diese knapp über 200 Millionen sind schön. Aber sie fallen im Haushalt deshalb nicht auf, weil die Steigerungen viel mehr sind, die wir für die Hochschulen haben. Wenn Sie sich einfach nur die Globalhaushalte der Hochschulen ansehen, dann sehen Sie dort schon deutliche Steigerungen. Sie haben ja eben selbst ausgeführt, dass das ein Unterschied ist zwischen dem, was die einzelnen Etats hergeben. Und alleine da 7,8 % mehr, ist ein deutlicher Schwerpunkt, den wir auf die Hochschulen setzen.

Ich bin für das BAföG-Geld wirklich dankbar, aber es ist nur ein Teil dessen, was wir als Steigerung in diesem Haushalt haben. Ich habe in unseren Antworten auf Kleine Anfragen genauer aufgedröselte, wo wir dieses Geld überall finden. Sie sagen aber zu Recht, das ist ja kaum sichtbar. Das liegt daran, dass wir so große Steigerungen in unserem Haushalt haben, dass 200 Millionen eben nicht so auffallen wie die Gesamtsteigerung, die wir hier drin haben. Und das ist der Grund dafür, warum Sie es in NRW nicht so stark sehen wie in kleinen Ländern, die die Haushalte für die Hochschulen insgesamt kürzen und dann diesen Betrag obendrauf packen. Das ist sicherlich ein deutlicher Unterschied. Wir kürzen nicht. Wir haben seit 2010 kontinuierliche Aufwüchse für die Hochschulen und den Wissenschaftsbereich. Das können Sie am Haushalt ablesen.